

B E B A U U N G S V O R S C H R I F T E N

zum Bebauungsplan

"ÄCKERLEMATT-SCHLAGETERMATT C"

Gemeinde MAULBURG

für das Gewann: Äckerlematt (teilweise)

A. RECHTSGRUNDLAGEN

1. Bundesbaugesetz vom 08.12.1986 (BGBl. I, S. 2263), zuletzt geändert durch Art. 1 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 366) -- BauGB.
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) i.d.F. der Bekanntmachung vom 26.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466) -- BauNVO.
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I, S. 58) -- PlanzV 90.
4. § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 28.11.1983 (GBl. 770).
5. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i.d.F. vom 12. März 1987 (BGBl. I, S. 889), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466).
6. Gesetz zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz - NatSchG) i.d.F. vom 21.10.1975 (GBl. S. 654), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.1991 (GBl. S. 853).

B. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Der Bebauungsplan besteht aus Teilbereichen mit unterschiedlichen planungsrechtlichen Festsetzungen:

- a. BEREICH "EINFACHER BEBAUUNGSPLAN"
gem. § 30 (2) BauGB

Hier sind nur festgesetzt:

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

1.1 MISCHGEBIET (MI)
gem. § 6 BauNVO

Vergnügungsstätten aller Art sind gem. § 1 (5) bzw. (6) BauNVO in Verbindung mit § 1 (9) BauNVO nicht zulässig.

Die Festsetzungen zur Grünordnung und Freiflächengestaltung sind sinngemäß anzuwenden.

Ansonsten richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB.

b. BEREICH "QUALIFIZIERTER BEBAUUNGSPLAN"
gem. § 30 (1) BauGB

Hier gelten alle nachfolgenden Vorschriften:

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
gem. § 9 (1) BauGB

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
gem. § 9 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 - 15 BauNVO

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird festgesetzt als:

1.1 GEWERBEGEBIET (GE)
gem. § 8 BauNVO

Das Gewerbegebiet wird wegen der angrenzenden Wohnbebauung eingeschränkt (GEE). Zulässig sind nur Betriebe und Anlagen, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

1.1.1 Gemäß § 1 (5) und (6) BauNVO i.V.m. § 1 (9) BauNVO sind nicht zulässig:

- offene Lagerplätze nördlich (zur B 317) und westlich (zum Gewerbekanal) der geplanten Gebäude
- Einzelhandelsbetriebe
- Vergnügungsstätten aller Art.

1.2 ALLGEMEINES WOHNGEBIET (WA)
gem. § 4 BauNVO

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
gem. § 16 BauNVO

Die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt:

2.1 im eingeschränkten Gewerbegebiet:
durch Eintragung der Grundflächenzahl (GRZ) und der Geschoßflächenzahl (GFZ) als Höchstwerte sowie der max. zulässigen Höhe der baulichen Anlagen.

- 2.2 im Allgemeinen Wohngebiet:
durch Eintragung der max. zulässigen Größe der Grundfläche (GF) sowie der Zahl der Vollgeschosse zwingend.

Gemäß § 19 (4) BauNVO darf die zulässige Grundfläche für die Errichtung von Tiefgaragen mit ihren Zufahrten für notwendige Stellplätze für den Geschosswohnungsbau bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden. Die nicht überbauten Teile der Tiefgaragen sind mit einer Erdauflage zu überdecken und zu begrünen (sh. auch Festsetzungen unter Ziff. III.17 zur Freiflächengestaltung).

3. BAUWEISE
gem. § 22 BauNVO

Die Bauweise ist im Plan (Bl. 2) durch Planzeichen festgesetzt:

- 3.1 für das eingeschränkte Gewerbegebiet als offene Bauweise;
- 3.2 für das Allgemeine Wohngebiet als offene Bauweise bzw. als abweichende Bauweise (a) mit einer Gebäudelänge größer als 50,0 m.
Festgesetzt sind Mehrfamilienhäuser, wobei gem. § 9 (1) Nr. 7 BauGB 50 % der Wohnungen bzw. Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden sollen.

4. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
gem. § 23 BauNVO

Entsprechend der Eintragung im Plan (Bl. 2) sind die überbaubaren Grundstücksflächen durch die Festsetzung von Baugrenzen und Baulinien bestimmt.

5. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN
gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Die Stellung der baulichen Anlagen ist durch die Eintragung der First- bzw. Gebäuderichtung im Plan (Bl. 2) festgesetzt.

6. NEBENANLAGEN
gem. § 14 BauNVO

- 6.1 Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen gem. § 14 (1) BauNVO nur zulässig, soweit es sich nicht um Gebäude i.S.v. § 2 (2) LBO handelt; ausgenommen sind Fahrradunterstände und umbaute Mülltonnen- oder Müllcontainerstandplätze.
- 6.2 Versorgungsanlagen gem. § 14 (2) BauNVO sind als Ausnahme zulässig.

7. CARPORTS, GARAGEN UND STELLPLÄTZE
gem. § 9 (1) Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO
 - 7.1 Carports, Garagen und Stellplätze sind im Bereich der Neubebauung nur innerhalb der im Plan (Bl. 2) dafür festgesetzten Flächen zulässig.
 - 7.2 Die Carports und Garagen, die räumlich eine Gruppe bilden, sind jeweils einheitlich zu gestalten.
 - 7.3 Gestaltung der Stellplätze sh. Festsetzungen zur Grünordnung und Freiflächengestaltung.
8. MIT GEH- UND FAHRRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN
gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB

Im Plan sind im Bereich der Zuwege zu den Mehrfamilienhäusern Geh- und Fahrrechte bzw. nur Gehrechte zugunsten der jeweiligen Anlieger festgesetzt.

Vom Neubaugebiet zur Hauptstraße ist ein Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit festgesetzt.
9. FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT UND HOCHWASSERSCHUTZANLAGEN
gem. § 9 (1) Nr. 16 BauGB

Entlang dem Gewerbekanal ist, soweit möglich beidseitig, ein mind. 4,0 m breiter Gewässerschutzstreifen festgesetzt, gemessen ab Uferböschungsoberkante bzw. Kanalmauer. Die Zugänglichkeit zum Gewerbekanal muß jederzeit gewährleistet sein.
10. VORKEHRUNGEN ZUR LÄRMMINDERUNG
gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Bei den geplanten Wohngebäuden unmittelbar gegenüber der Anlieferung des Möbelhauses Schweigert an der neuen Erschließungsstraße dürfen an den im Bebauungsplan (Bl. 2) gekennzeichneten Gebäudeseiten keine notwendigen Fenster von Aufenthaltsräumen liegen.

Küchen bis zu einer Größe von 10 qm stellen als reine Arbeitsküchen keine Aufenthaltsräume dar.

- II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN
 gem. § 9 (4) BauGB i.V.m. § 73 LBO
1. ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN
 gem. § 73 (1) Nr. 1 LBO
- 1.1 Reflektierende Materialien sind zur Oberflächengestaltung der Gebäude (Dach und Fassade) unzulässig. Grelle und phosphorisierende Fassaden sind nicht zulässig.
 Die Farbgestaltung der Gebäude ist mit der Gemeinde abzustimmen.
- 1.2 DÄCHER
- 1.2.1 Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind als Dachform Satteldächer mit einer Dachneigung von 18 - 23 Grad zulässig.
 Als Dachdeckungsmaterial sind Dachziegel in Rottönen zulässig.
 Bei den bestehenden Gebäuden sind Abweichungen entsprechend den vorhandenen Dachneigungen zulässig.
 Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind nicht zulässig.
- Carports sind, wenn sie in einer Reihe oder Gruppe angeordnet sind, einheitlich zu gestalten.
- 1.2.2 Im Gewerbegebiet sind für die Neubebauung Flachdächer (Dachneigung bis max. 5 Grad) sowie Sheddächer zugelassen.
2. GEBÄUDEHÖHE
 gem. § 73 (1) Nr. 7 LBO
- Die Höhe der Neubauten darf von der im Mittel gemessenen Straßenhöhe bis zur Traufe (Schnittpunkt Außenwand - Dachhaut) höchstens 9,0 m betragen.
3. WERBEANLAGEN
- 3.1 Gemäß § 73 (2) Nr. 1 LBO sind Werbeanlagen über 0,5 qm Größe genehmigungspflichtig.
- 3.2 Werbeanlagen sowie Ankündigungen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Sie sind in die Gesamtgestaltung der Bebauung des Grundstückes einzupassen.
- 3.3 Weitstrahlende Reklamen und Anlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht sind nicht zulässig.
 Ebenso sind Werbeanlagen unzulässig auf und an Dächern und in Grünflächen.

4. NIEDERSPANNUNGSLEITUNGEN
gem. § 73 (1) Nr. 4 LBO

Niederspannungsleitungen sind zu verkabeln.

5. GESTALTUNG DER UNBEBAUTEN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
gem. § 73 (1) Nr. 5 LBO

5.1 Auffüllungen und Abtragungen auf den Grundstücken sind so durchzuführen, daß die gegebenen natürlichen Geländebeziehungen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die Geländebeziehungen der Nachbargrundstücke sind dabei zu berücksichtigen.

5.2 Im Gewerbegebiet sind offene Lagerplätze zwischen der Bundesstraße B 317 und der nördlichen Gebäudeflucht sowie zwischen Gewerbekanal bzw. Geh- und Radweg und der westlichen Baugrenze unzulässig.

5.3 Container sind baulich zu integrieren bzw. durch geeignete Maßnahmen (Sichtschutzmauer, Abpflanzungen) abzuschirmen.

6. ANTENNEN
gem. § 73 (1) Nr. 3 LBO

Parabolantennen sind bis zu einem Durchmesser von max. 0,65 m zulässig. Auf Dächern sind Parabolantennen unzulässig.

Bei einer Verkabelung des Gebietes sind Antennen auf den Dächern unzulässig.

III. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG UND FREI-
FLÄCHENGESTALTUNG
gemäß § 9 (1) Nr. 15, 20, 25 a) und b) BauGB
und § 73 (1) Nr. 5 LBO

1. Die Gestaltung und Bepflanzung der Freiflächen ist entsprechend den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Grünordnungsplanes durchzuführen und in dieser Weise zu erhalten, zu pflegen und zu unterhalten sowie bei Abgang der Arten entsprechend nachzupflanzen.
2. Die im Plan gekennzeichneten vorhandenen Gehölze sind zu erhalten und in jeder Phase der Baudurchführung vor schädigenden Einflüssen zu schützen.
3. Alle Bäume im öffentlichen Raum entlang von Straßen und Wegen sind im Zuge des Straßenbaus frühstmöglich zu pflanzen.
4. Straßenbäume im Bereich von befestigten Stellplätzen sind in mind. 2,00 x 2,00 m große und 1 m tiefe Baumquartiere zu pflanzen.
5. Der Gewerbekanal ist entsprechend dem Plan mit einer Stützmauer bzw. mit Böschungen zu gestalten. Ein problemloser Abfluß der anfallenden Wassermenge im Querschnitt muß sichergestellt sein. Der begleitende Fuß- und Radweg soll mit wassergebundener Decke und/oder mit Pflaster befestigt werden.
6. Im Bereich der Böschungen ist das Gewässer naturnah zu gestalten, zur Ufersicherung sind hier nur ingenieurbioökologische Bauweisen zulässig. Es ist ein gewässerbegleitender Gehölzstreifen anzupflanzen; die Böschungen sind mit unterschiedlichen Neigungen auszubilden (sh. Skizze 1, Gehölze sh. Liste 1).
7. Im Bereich der Stützmauer ist eine Uferpromenade anzulegen, die mit Säulenbäumen (z.B. *Carpinus betulus* "Fastigiata"), Sitz- und Spielgelegenheiten intensiv gestaltet ist (sh. Skizze 2).
8. Der öffentliche Grünstreifen entlang der Parallelstraße zur B 317 nimmt je nach Bedarf im gekennzeichneten Bereich Stellplätze auf und setzt die anschließende Baumreihe fort. Verwendet werden soll die Gehölzart entsprechend der in der Verlängerung bereits gepflanzten Bäume, z.B. *Acer campestre*, Stammumfang in 1 m Höhe mind. 18 - 20 cm.
9. Pflanzungen im Bereich der Freileitungen entlang der Erschließungsstraße, die sich innerhalb des beidseitigen 15 m breiten Schutzstreifens befinden, dürfen eine Höhe von 15 m nicht überschreiten.
10. Alle nicht näher gekennzeichneten öffentlichen Grünflächen insbesondere Rest- und Seitenstreifen sollen als Wiesen gestaltet und gepflegt werden.

11. Alle PKW-Stellplätze müssen mit unversiegelter Oberfläche ausgeführt werden (z.B. Rasenpflaster, Schotterrassen, Rasengittersteine).
12. Alle neuen, innerhalb von Grünflächen geführten Fuß- und Radwege ausgenommen die Hauszugänge sind mit wasserdurchlässigem Belag herzustellen oder in die seitlichen Grünbereiche zu entwässern.
13. Carports sind mit Kletterpflanzen zu begrünen, pro Stellplatz mind. 1 Pflanze.
- 13a. Es wird empfohlen, fensterlose Wandflächen von mehr als 10 m Länge zu begrünen; pro angefangene 5 m Wandfläche soll eine Kletterpflanze gesetzt werden.

NUTZUNGSBEREICH ALLGEMEINES WOHNGEBIET:

14. Die privaten Grünflächen sollen als offene, gehölzbestandene Wiesenflächen gestaltet sein. Pro 200 qm unüberbauter Grundstücksfläche ist mind. ein Laubbaum zu pflanzen (StU mind. 18/20 cm). Zäune sind nur entlang der Grundstücksgrenzen zum Kanal hin bis zu einer Höhe von max. 1 m zulässig.
15. Die privaten Grünflächen sind zum Kanal hin durch freiwachsende oder geschnittene Hecken bis zu einer Höhe von 1,20 m einzufrieden. Fremdländische Nadelgehölze (z.B. Scheinzypressen) oder buntlaubige Arten (z.B. rotlaubige Berberitze) sind als Heckenpflanzen nicht zulässig.
16. In den gekennzeichneten Bereichen sind Terrassen für die Erdgeschoßwohnungen zulässig, die von Hecken oder Solitärsträuchern umpflanzt sind.
17. Tiefgaragen sind im Bereich von Grünflächen mit mind. 30 cm Erds substrat (= Vegetationsschicht) zu überdecken und intensiv zu begrünen. Das Substrat muß über eine Böschung mit dem gewachsenen Boden der restlichen privaten Grünflächen verbunden sein.
18. Die nach LBO erforderlichen Kleinkinderspielplätze sollen an den gekennzeichneten Stellen angelegt werden. Die einzelnen Spielplätze sollen unterschiedlich gestaltet werden und müssen von den angrenzenden Fußwegen aus zugänglich sein, so daß ein Spielweg entstehen kann.

NUTZUNGSBEREICH GEWERBE GEBIET:

19. Entlang der Grundstücksgrenzen am nördlichen und westlichen Rand des Gewerbegebietes ist auf privatem Grund ein Grünstreifen zur öffentlichen Fläche hin anzulegen (sh. Kennzeichnung im Plan), der zu 50 % mit Bäumen (StU mind. 16/18 cm) und Sträuchern zu bepflanzen ist. Nach max. 20 m ist ein Baum zu pflanzen (Pflanzenarten sh. Liste 2). Sofern hier

Zäune notwendig sind, sind sie um mind. 3 m von der Grundstücksgrenze zurückzusetzen und in die Pflanzung zu integrieren. Stacheldrahtzäune sind nicht zulässig.

20. Alle nicht zu Lager-, Umschlags- oder Parkzwecken genutzten Flächen sind unversiegelt zu belassen und zu begrünen. Pro 150 qm unüberbauter Grundstücksfläche ist ein Großbaum zu pflanzen (Stammumfang in 1 m Höhe mind. 18 - 20 cm).
21. Flachdächer sind grundsätzlich intensiv oder extensiv zu begrünen. Ausnahmen sind für Teilbereiche der Dächer (z.B. Restflächen zwischen Dachaufbauten) möglich, sofern es technisch erforderlichlich und ökologisch vertretbar ist.
22. Es wird empfohlen, das Regenwasser der Dachflächen in Zisternen auf dem jeweiligen Grundstück zu sammeln oder dem Grundwasser in ausreichend dimensionierten Versickerungsanlagen zuzuführen (z.B. Versickerungsmulden, Teiche), die in die Grünflächenanteile der Grundstücke integriert sind. Eine Ausfilterung möglicher Schadstoffe (z.B. durch aktive Bodenschichten, Wurzelraumentsorgung) sowie ein Überlauf zur Regenwasserkanalisation muß gegeben sein.

PFLANZENLISTE 1:**LEITARTEN FÜR GEHÖLZE ENTLANG DES KANALS**

| | |
|---------------------------|---------------------|
| <i>Alnus glutinosa</i> | Rot-Erle |
| <i>Carpinus betulus</i> | Hainbuche |
| <i>Corylus avellana</i> | Haselnuß |
| <i>Euonymus europaeus</i> | Pfaffenhütchen |
| <i>Fraxinus excelsior</i> | Esche |
| <i>Salix alba</i> | Silber-Weide |
| <i>Salix caprea</i> | Sal-Weide |
| <i>Salix fragilis</i> | Bruch-Weide |
| <i>Viburnum opulus</i> | Gemeiner Schneeball |

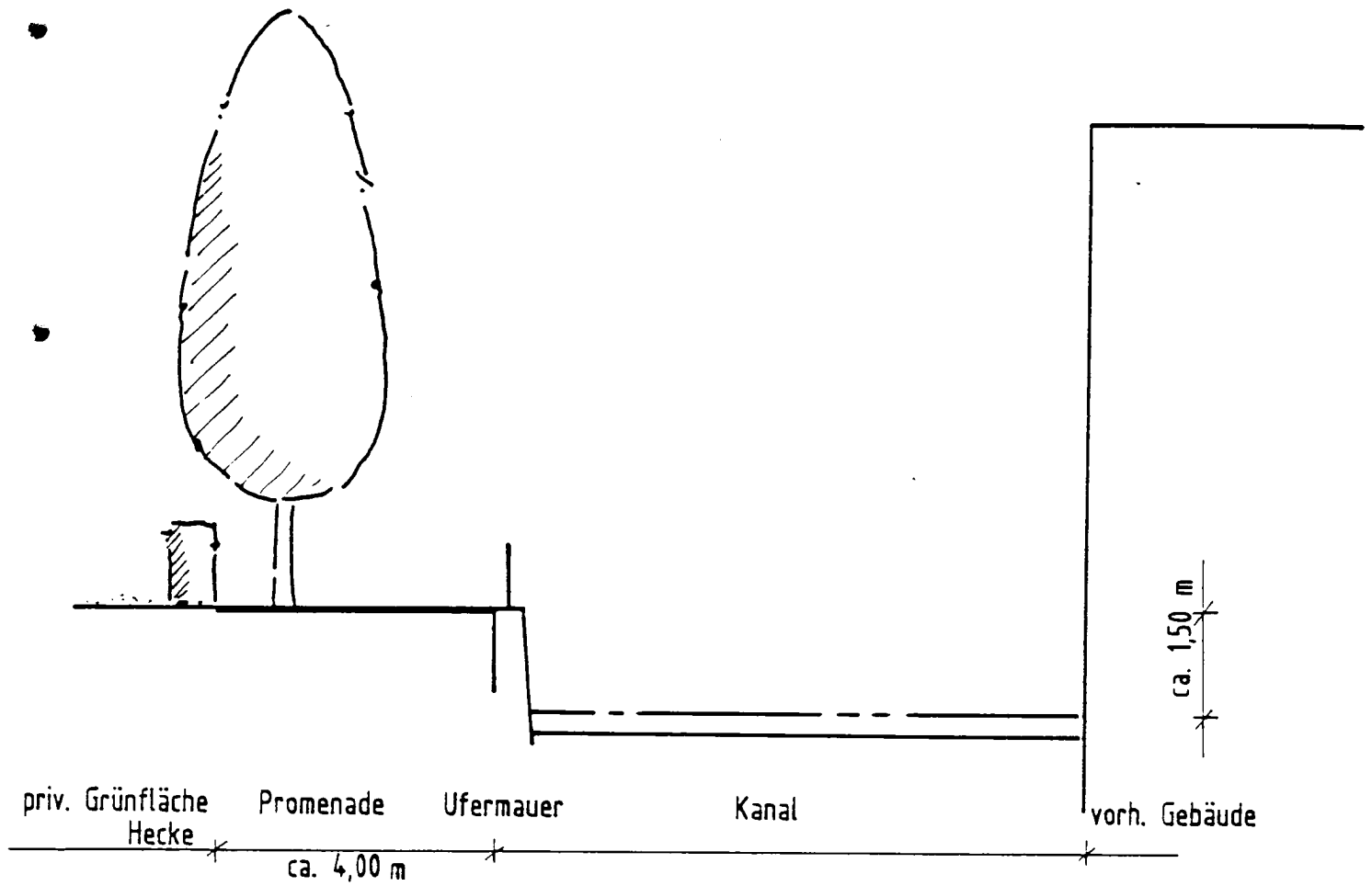
PFLANZENLISTE 2:**LEITARTEN FÜR GEHÖLZE INNERHALB DER PRIVATEN GRÜNSTREIFEN**

| | |
|-----------------------------|--------------------|
| <i>Acer campestre</i> | Feld-Ahorn |
| <i>Acer pseudoplatanus</i> | Berg-Ahorn |
| <i>Acer platanoides</i> | Spitz-Ahorn |
| <i>Betula pendula</i> | Weiß-Birke |
| <i>Carpinus betulus</i> | Hainbuche |
| <i>Cornus mas</i> | Hartriegel |
| <i>Corylus avellana</i> | Haselnuß |
| <i>Crataegus monogyna</i> | Weißdorn |
| <i>Euonymus europaeus</i> | Pfaffenhütchen |
| <i>Lonicera xylosteum</i> | Rote Heckenkirsche |
| <i>Prunus spinosa</i> | Schlehe |
| <i>Robinia pseudoacacia</i> | Robinie |
| <i>Salix canina</i> | Hecken-Rose |
| <i>Sambucus nigra</i> | Holunder |
| <i>Sorbus aucuparia</i> | Vogelbeere |
| <i>Tilia sepc.</i> | Linde |
| <i>Quercus robur</i> | Stiel-Eiche |
| <i>Quercus petraea</i> | Trauben-Eiche |

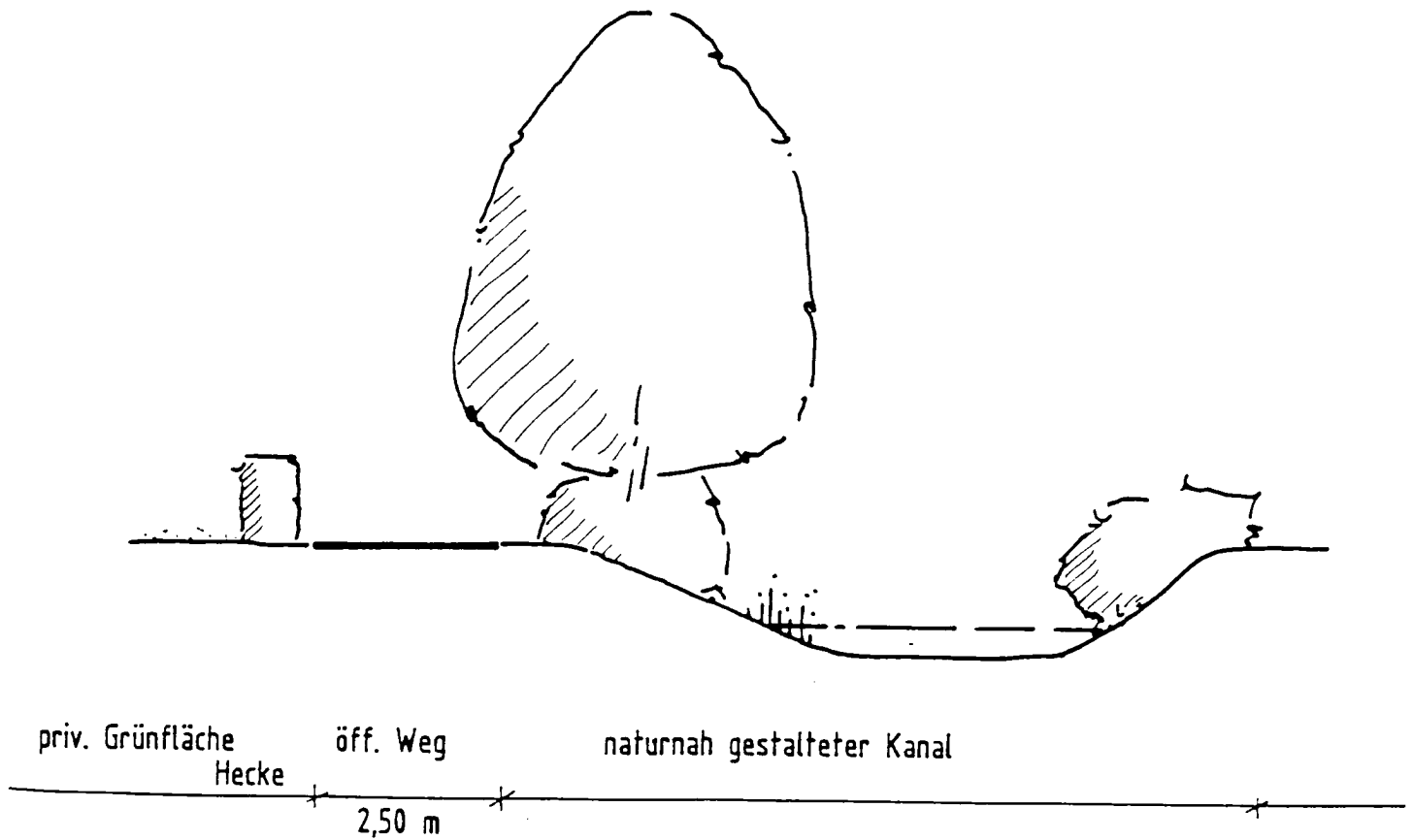
In einzelnen Exemplaren:

| | |
|-------------------------|--------|
| <i>Larix decidua</i> | Lärche |
| <i>Taxus baccata</i> | Eibe |
| <i>Pinus sylvestris</i> | Kiefer |

SKIZZE 1 KANAL MIT UFERMAUER



SKIZZE 2 KANAL MIT NATURNAHER GESTALTUNG



IV. NACHRICHTLICHE FESTSETZUNGEN UND HINWEISE
gem. § 9 (6) BauGB
UND HINWEISE

1. GEPLANTE ERSCHLIESSUNGSSTRASSE - B 317

Der geplante Grünstreifen zwischen der geplanten Erschließungsstraße und der B 317 wird vorbehaltlich einer zusätzlichen Fahrspur der B 317 auf Widerruf auf Kosten der Gemeinde angelegt.

2. WASSERSCHUTZGEBIET HÖLLSTEIN

Nach der Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes vom 21.01.1990 und 30.08.1990 liegt das Planungsgebiet innerhalb der weiteren Schutzzone III B des künftigen Wasserschutzgebietes Höllstein.

Es werden deshalb erhöhte Anforderungen an den Grundwasserschutz gestellt, wie z.B. nachweisliche Dichtheit unterirdischer Abwasseranlagen, doppelwandige Behälter mit selbsttätigem Leckanzeigegerät bei unterirdischer Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten, Versickerungsverbot von Straßenoberflächenwasser und Kühlwasser, Deponieverbot von wassergefährdenden Abfällen, Verbot weiterer privater Grundwasserfassungen.

In der Stellungnahme vom 31.01.1994 wird ergänzt, daß das Planungsgebiet in der Zone III A des Wasserschutzgebietes der Gemeinde Steinen liegt, so daß in diesem Bereich noch höhere Anforderungen an den Grundwasserschutz zu stellen sind. Die geplanten Tiefgaragen sind, wenn sie in das Grundwasser reichen, als wasserdichte Wannen auszuführen. Bleibende Drainagen sind wegen quantitativer Beeinträchtigung des Grundwasserspeichers nicht zulässig.

Für eine evtl. Grundwasserabsenkung zwecks Wasserhaltung während der Bauzeit der Tiefgaragen ist rechtzeitig eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt Lörrach, Umweltschutzamt, zu beantragen.

3. FERNMELDEANLAGEN

Für den rechtzeitigen Ausbau des Fernmeldenetzes sowie die Koordinierung mit Straßenbau etc. ist der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen mind. 8 Monate vor Baubeginn dem Fernmeldeamt Freiburg, Postfach 20, 7800 Freiburg, schriftlich anzuzeigen.

4. PLANVORLAGE

Beim Bauantrag sind folgende Unterlagen zusätzlich vorzulegen:

- Freiflächengestaltungsplan, in dem nachzuweisen ist, daß die textlichen und zeichnerischen Festsetzungen des Grünordnungsplanes erfüllt sind.

5. BODENFUNDE

Nach § 20 DSchG (zufällige Funde) ist das Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege, Marienstraße 10 a, Freiburg, Tel. 0761/205-2781, unverzüglich zu benachrichtigen, falls Bodenfunde bei Erdarbeiten zutage treten.

6. SCHUTZ DES MUTTERBODENS - ABFALLRECHT

Der Aushub von Bauvorhaben ist weitestgehend auf den Baugrundstücken wieder zu verwenden.
Im Bauantrag ist der Verbleib und die Entsorgung von Erdaushub nachzuweisen.

Maulburg, den 07.12.1992

mit Änderung gem. Gemeinderats-
beschluß vom 29.03.1993/21.02.1994

Der Bürgermeister



Anzeigeverfahren gem. § 11 BauGB
durchgeführt 27. Mai 94
Landratsamt Lörrach
- Baurechtsamt -



In Kraft getreten am 23. Juni 94
Landratsamt Lörrach
- Baurechtsamt -

